



Susanne Schneider

Sprecherin für Gesundheit,
Sprecherin für Frauen,
Gleichstellung und Emanzipation

Rede am 26. Juni 2015 anlässlich des Antrages der CDU-Fraktion „Alkohol in der Schwangerschaft – jeder Schluck kann das werdende Leben dauerhaft schädigen“

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Alkoholkonsum in der Schwangerschaft: Es ist eigentlich traurig, dass es überhaupt notwendig ist, dass wir über dieses Thema reden müssen. Es wurde auch schon viel dazu gesagt, wie gefährlich Alkohol in der Schwangerschaft ist und in welcher Weise sich das auf das ungeborene Baby auswirkt.

Die beste Prävention wäre sicher eine vollständige Abstinenz während der Schwangerschaft; denn auch bei gelegentlichem und geringem Alkoholkonsum lassen sich schädigende Konsequenzen nicht ausschließen. Dennoch müssen wir die Lebensrealität zur Kenntnis nehmen. Viele Menschen sind nicht in der Lage, ihr Konsumverhalten völlig umzustellen. Daher kommt es darauf an, auch bei diesen Müttern das Risiko von möglichen Schädigungen zu verringern. Wer nur auf totale Abstinenz setzt, wird womöglich einen Teil der Betroffenen mit Prävention gar nicht mehr erreichen. Deshalb sollten wir nicht wie die CDU sagen: „Jeder Schluck kann zu viel sein“, sondern wir sollten sagen: Jeder Schluck weniger kann helfen, das Risiko zu verringern.

Die CDU fordert in dem von ihr vorgelegten Antrag verstärkte Aufklärung und wissenschaftliche Studien zu den Auswirkungen von Alkohol in der Schwangerschaft sowie zum Werdegang geschädigter Neugeborener bis hin ins Erwachsenenalter. Das ist alles durchaus sinnvoll. Darüber können wir im Ausschuss gern vertieft diskutieren. Auffällig ist aber, dass die Antragsteller auf mögliche kontroverse Forderungen verzichtet haben. So wird zum Beispiel auf die Debatte um Warnhinweise für schwangere Frauen und deren umstrittene Wirksamkeit gar nicht eingegangen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Marsching?

Susanne Schneider (FDP): Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Kollegin, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade gesagt, man solle statt „Jeder Schluck kann zu viel sein“ sagen: Jeder Schluck weniger verringert das Risiko. – Sind Sie bereit, anzuerkennen, dass das Risiko, das bei einmaligem Alkoholkonsum bei vielleicht 80 % liegt, sich nicht mit jedem neuen Schluck Alkohol vervielfacht, sondern dass das Risiko immer gleich bleibt und dass damit die Aussage, die Sie gerade getroffen haben, im Grunde genommen schon rein mathematisch nicht zutreffend ist?

Herr Kollege, ich verstehe, worauf Sie hinauswollen. Gerade Sie als Piratenfraktion müssten aber doch wissen, dass wir mit totalen Verboten und totalen Reglementierungen oft das genaue Gegenteil erreichen. Natürlich stimme ich Ihnen zu. Alkohol ist schädlich. Aber ich bin einfach ein Fan davon, dass Ganze vorsichtiger anzugehen, auf die Menschen zuzugehen und zu sagen: Macht weniger!

Zudem erkennt die FDP in der politischen Landschaft über den Aspekt der Prävention von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft hinaus Bestrebungen von Schwarz, Rot oder Grün, im Umgang mit Alkohol zunehmend in Richtung Prohibition zu gehen. Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hat diese Woche beschlossen, das nächtliche Alkoholverkaufsverbot in Supermärkten, Tankstellen und Kiosken auch auf Bringdienste und Getränkeautomaten auszuweiten. Damit Sie mich richtig verstehen, heißt das also: Wenn Sie bei Ihrem Pizzaservice anrufen und sich eine Flasche Rotwein bestellen, müssen Sie darauf achten, dass er kurz vor 22 Uhr da ist. Ab 22 Uhr nimmt er den Chianti wieder mit.

In Berlin wurde aus Reihen der Union ebenfalls ein nächtliches Verkaufsverbot gefordert. EU und OECD treten für eine massive Erhöhung der Besteuerung und Mindestpreise ein. Ich war unlängst in Norwegen und habe dort erfahren, dass diese horrenden Alkoholpreise überhaupt keinen Einfluss auf das Konsumverhalten der Bürger in diesem Land haben, sondern lediglich die Staatskasse füllen, sehr geehrte Damen und Herren. Das alles ist aber der Weg zu einer weitgehenden Einmischung in das Privatleben erwachsener Menschen.

Es ist der Weg zu mehr Bevormundung, zu einem Nanny-Staat. Sie wollen die Menschen in Richtung eines moralisch gewünschten Verhaltens treiben. Wir Liberale setzen aber auf Aufklärung und Eigenverantwortung. Eine Diskussion im Ausschuss über bessere Aufklärung hinsichtlich Alkoholkonsums in der Schwangerschaft unterstützen wir gerne, um die ungeborenen Kinder besser zu schützen. Wir werden aber nicht zulassen, dass aus dieser Diskussion heraus eine generelle Bevormundung erwachsener Menschen begründet wird.

Ich danke Ihnen.